
3675/J XXII. GP

Eingelangt am 06.12.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Maier

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen

betreffend „Abhängigkeitserkrankungen — Kaufsucht (Shopping-Sucht)“

Es gibt in unserer Gesellschaft immer mehr Möglichkeiten in Abhängigkeiten zu geraten.

Nach einem Bericht der österreichischen Ärztezeitung (25.02.2004) wird das Spektrum der Abhängigkeitskrankungen immer größer: Neben einem breiteren polytoxikomanen Gebrauch legaler oder illegaler Substanzen nehmen nicht substanzgebundene Abhängigkeiten wie Internet-, Ess-, Sex- sowie Kauf- und Spielsucht zu.

Ein besonderes und zunehmendes Problem in allen Generationen stellt aus

Expertensicht die „Kaufsucht“ dar: Die im Dezember 2004 veröffentlichte AK-Studie wies nach, dass junge ÖsterreicherInnen - vor allem Frauen - stark kaufsuchtgefährdet sind.

„Jede zweite junge Frau zwischen 14 und 24 Jahren kaufsuchtgefährdet, 38 Prozent Betroffene bei jungen Männern - Vorbeugende Maßnahmen nötig.“

In der Vorweihnachts- und Ausverkaufszeit ist die Versuchung besonders groß: Viele KonsumentInnen verfallen dem Kaufrausch. Eine von der AK erstmals in Österreich repräsentativ durchgeführte Studie in Kooperation mit der Uni Stuttgart-Hohenheim zeigt erschreckende Ergebnisse: Jede vierte ÖsterreicherIn ist kaufsuchtgefährdet. Zudem sind besonders junge Menschen, speziell Frauen, extrem betroffen: So ist jede zweite junge Frau im Alter zwischen 14 und 24 kaufsuchtgefährdet, bei den Burschen sind es 38 Prozent.

„Kaufsuchtgefährdung ist unabhängig von Einkommen, Beruf, Wohnort oder Ausbildung“. Gekauft würden oft unnötige Dinge. Überdies kann Kaufsucht schnell in den Teufelskreis der Überschuldung führen. Bereits jetzt ist eine Reihe von Jugendlichen überschuldet“.

(AK 20.12.2004)

Die AK forderte daher Schutz für kaufsuchtgefährdete KonsumentInnen:

- Entwicklung eines Präventionsprogramms für Kaufsuchtgefährdete
- verpflichtender Unterrichtsgegenstand Verbraucherbildung in Schulen
- mehr Geld für die österreichischen Schuldnerberatungsstellen für präventive Maßnahmen für kaufsuchtgefährdete und überschuldete KonsumentInnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

Anfrage:

1. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Menschen in Österreich „kaufsüchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?
2. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Jugendliche in Österreich bereits „kaufsüchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?
3. Wie wird seitens Ihres Ressorts „Kaufsucht“ definiert?
4. Welche Ursachen führen Ihrer Meinung nach in die Kaufsucht, insbesondere bei Jugendlichen?
5. Welche sozialen Probleme sind Ihnen im Zusammenhang mit der Kaufsucht bekannt?
6. Wenn keine Zahlen vorliegen - werden diesbezügliche Studien in Auftrag gegeben bzw. werden Sie diesbezügliche Projekte fordern? Wenn ja, in welcher Form?

7. Sind Ihnen Studien anderer EU-Mitgliedsstaaten bekannt, die sich der Problematik der Kaufsucht befassen? Wenn ja, in welcher Form?
8. Wird Kaufsucht in Österreich als Krankheit anerkannt und die Behandlung bzw. Gruppentherapie durch die Krankenkasse bezahlt?
9. Wenn nein, warum nicht?
10. Wenn ja, unter welchen Bedingungen?
11. Sehen Sie als Verpflichtung der Sozialversicherungsträger an, die Kosten für eine entsprechende diese Therapie zu übernehmen? Wenn nein, warum nicht?
12. Wie viele Psychotherapeuten bzw. Fachärzte behandeln in Österreich Kaufsüchtige (ersuche um Aufschlüsselung auf die Bundesländer)?
13. Welche Haltung nimmt die WHO zu dieser Sucht ein? Welche Haltung nimmt dazu die EU-Kommission ein?
14. Wo gibt es therapeutische, stationäre oder ambulante Einrichtungen (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
15. Wie hoch liegt der Erfolg bei einer ambulanten oder stationären Therapie (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
16. Wie viele Therapieplätze gibt es in Österreich (jeweils Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
17. Wer ist in Österreich für die Beratung und Betreuung dieser Sucht zuständig (z.B. Sozialmedizinischer Dienste)?
18. Welche Organisationseinheit ist in Ihrem Ministerium für die Bekämpfung dieser Sucht zuständig?
19. Welche Möglichkeiten ergeben sich zur Behandlung von Kaufsüchtigen für

niedergelassene Ärzte oder entsprechend ausgebildete Fachärzte oder Psychotherapeuten nach dem Gesundheitsreformgesetz?

20. Welche Maßnahmen planen Sie aus gesundheitspolitischen Gründen 2005 und 2006 zur Bekämpfung der „Kaufsucht“? Welche präventiven Aktivitäten sind geplant?
21. Halten Sie zur Bekämpfung dieser Sucht weitere legislative Maßnahmen eventuell gemeinsam mit anderen Ressorts - für notwendig?
22. In welcher Form werden Sie die Öffentlichkeit - insbesondere Jugendliche - auf die Problematik dieser Suchterkrankung aufmerksam machen?